

Die Glosse:

Weimarer Dreieck - Bermuda-Dreieck?

Es ist nicht anzunehmen, dass die regierenden Zwillinge Kaczynski in Warschau die Todesanzeigen der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG studieren. Wäre es so, dann hätten sie mit einem kleinen Erstaunen lesen können, dass Albrecht Ernst Otto von der Wickerau Graf von Krockow – geboren am 2. September in Krockow/Westpreußen, im gesegneten Alter von vierundneunzig Jahren entschlafen – in der Trauerannonce als Ehrenbürger von Krokowa im Kreis Puck/Putzig, Wojewodschaft Gdansk, und als Kurator der Stiftung für deutsch-polnische Aussöhnung ausgewiesen wurde.

Der Präsident und der Premierminister Polens hätten durch jene Notiz erfahren, dass der ehemalige Gutsherr in schönstem Einvernehmen mit den polnischen Bürgern seiner einstigen Heimat gelebt hat. Fügten sie die Namen Rudolf von Thadden, Klaus von Bismarck, oder Marion Gräfin Dönhoff, den Grafen von Dohna oder Lehndorff und vor allem Freya Gräfin von Moltke aus dem schlesischen Kreisau hinzu (um nur die prangendsten Adelsnamen zu nennen), dann würden sie sich womöglich nicht länger der Erwägung verschließen, dass der revisionistische Clan, der sich den pompösen Titel »Preußische Treuhand« zugelegt hat, in der Gesellschaft des Bundesrepublik eher isoliert ist. Er ist noch nicht einmal laut genug, den Willen der Mehrheit unter den Vertriebenen, Flüchtlingen und »Ausgesiedelten« (das letztere übrigens eine Tarnformel der Nazis) zu einer friedlichen, gutnachbarlichen und womöglich produktiven Koexistenz auch nur zu stören. Nicht nur die Politiker jeder Couleur (die Beton-, Sauf- und Glatzköpfe der NPD und verwandter Neo-Nazi-Sekten ausgenommen) wünschen eine deutsch-polnische

Verständigung, die dem Ideal der deutsch-französischen Kooperation entspricht.

Das braucht seine Zeit. Um Polen den Zugang zum Kern der Europäischen Union zu ebnen, wurde noch unter der Ägide des dauerhaften Außenministers Genscher die Institution des »Weimarer Dreiecks« geschaffen, das Polen, Franzosen und Deutschen die Chance für eine regelmäßige Prüfung der gemeinsamen Interessen, den Ausgleich der Differenzen und die Harmonisierung der Positionen bieten sollte. Vor allem aber wollten die aufgeklärten Köpfe in Paris und Berlin, die ihre Lektion aus den Tragödien Europas gelernt haben, die Neuauflage einer unglückseligen Konkurrenz in ihren Beziehungen zu Polen ein für allemal verhindern.

Schöne Vorsätze. Leider ist es dabei geblieben. Gelegentlich zwar fällt es den Verantwortlichen in den Berliner, den Pariser, den Warschauer Kanzleien ein, dass es das »Weimarer Dreieck« gibt. Indes, zuletzt scheiterte das verabredete *Rendez-vous* an der (realen oder politischen) Erkältung des polnischen Präsidenten, wovon Jacques Chirac heftig verschnupft war, und als man sich schließlich zusammenfand, verhinderten das lauernde Misstrauen und die schlechte Laune jedes Gespräch, das man produktiv nennen könnte. Das Weimarer Dreieck schien eine gewisse Ähnlichkeit mit dem von Bermuda zu gewinnen.

Schuld an dem Debakel waren keineswegs nur die Ressentiments der Warschauer Zwillinge, die sich immer wieder aufs Neue – und oft genug aus den läppischsten Anlässen – durch eine komplex beladenen Reizbarkeit gegenüber den Deutschen und den Franzosen demonstrieren. LE MONDE bescheinigte ihnen in

einem Leitartikel, dass sie vielleicht keine Antieuropäer seien, dass ihnen freilich die Union wie sie ist, keineswegs behage. Doch auch in Berlin gab's Grund genug, sich an die eigene Nase zu fassen. So wichtig die »strategische Partnerschaft« mit Russland ist, so ernst wir die Abhängigkeit von den Gaslieferungen aus dem Imperium des Zaren Putin zu nehmen haben, so klug Kanzler Schröders Vorsorge insgesamt auch sein mochte: Man hätte im Kanzleramt und in Joschka Fischers Außenministerium mit der gebotenen historischen Sensibilität gewahr sein müssen, dass in Warschau allemal die Alarmglocken schrillen, wenn sich Deutsche und Russen zu innig in die Arme sinken. Die preußisch-deutsch-russischen Hochzeiten wurden in der Regel immer auf Kosten Polens zelebriert, dem Opferland Europas. Ein generöses Angebot aus Berlin, Polen wirtschaftlich und politisch zu stärken, glaubwürdige Gesten der Freundschaft hätten den Schaden zu mindern und die Furcht vielleicht zu lindern vermocht – zumal wenn sich Frankreich bereit gezeigt hätte, seine klassische Partnerschaft mit Polen zu beleben. Wer immer künftig im Palais d'Élysée residiert: Die Besinnung auf die traditionellen französisch-polnischen Gemeinsamkeiten (ohne Ausschluss der Deutschen) sollte weit oben auf der Liste der Dringlichkeiten vermerkt werden.

Kanzlerin Merkel hat mit ihrem bemerkenswerten Talent zur Entkrampfung von Spannungen und einer behutsamen Verknüpfung der Interessen den Präsidialbruder Kaczynski dazu überredet, einem neuen Anlauf zur Formulierung eines Grundgesetzes der Europäischen Union nicht länger den Weg zu verstellen. Nun freilich sollte sie den Partnern in Warschau mit Takt und Geduld deutlich machen, sie verstünde sehr wohl, dass die Polen den Schutz vor dem übermächtigen Nachbarn im Osten weder Frankreich noch England, schon gar nicht den Deut-

schen und damit auch nicht einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (die überdies noch immer nicht existiert) anvertrauen, sondern sich ausschließlich auf den Großen Bruder jenseits des Atlantik verlassen wollen. Es wäre vielleicht nicht unangebracht, in diesem Zusammenhang taktvoll auf die Beispiele Vietnam und Irak hinzuweisen. Außerdem sollte sie deutlich machen, dass Sonderbündnisse die längst überdehnte NATO zu sprengen drohen: vielmehr das, was von ihr noch übrig ist, da sie seit der Expansion bis unter die Tore von Sankt Petersburg und an die ukrainische Grenze als klassische Militärallianz kaum mehr funktionsfähig ist. Umso entschiedener müsste sich Polen dafür engagieren, dass sich die Kernstaaten der Union – zu denen es, nicht anders als Spanien, durchaus zählt – endlich zum Aufbau einer Europäischen Streitmacht entschließen. Das setzt freilich den Willen zu einer politischen Union voraus, die es ohne eine Verfassung nicht geben kann.

Natürlich kommt es die Staaten, die eben erst ihre Souveränität wiedergewonnen haben, recht hart an, wesentliche Elemente ihrer Unabhängigkeit von Neuem zu opfern, wenngleich aus freien Stücken und vor allem: ohne ihre Freiheit preiszugeben. Nur sollten sich unsere Nachbarn jenseits der Oder von den romantisch-nationalen Träumen lösen, die ihnen vorgaukeln, die heilig-unheilige Souveränität klassischen Zuschnitts habe auch nur das Geringste mit unseren Realitäten zu schaffen. In Wahrheit ist sie längst eine Schimäre geworden. Es gibt sie nicht. Und was die Unabhängigkeit angeht: wenn denn überhaupt, dann lässt sie sich nur mit der Europäischen Union (durch sie und in ihr) behaupten – oder sie geht kraft der global agierenden Finanzkolosse und im Schatten der Supermächte glanzlos zugrunde. Mit Europa ist Polen noch nicht verloren. So wenig wie wir oder Frankreich. Oder, *notabene*, Tschechien.